



WELCOME2BW **Newsletter für Engagierte 03/20**

Liebe Engagierte in der Flüchtlingsarbeit,

Sie erhalten heute den neuen Newsletter des Projektes „**Welcome2BW**“ mit Informationen, die für Sie als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg nützlich sind sowie Hinweise auf relevante Materialien, Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Gerne dürfen Sie diesen Newsletter an Kolleg*innen und andere Interessierte weiterleiten. Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!

Inhalt:

<u>1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg</u>	S. 2
<u>2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer</u>	S. 2
<u>3. Rechtsprechung</u>	S. 5
<u>4. Materialien und Veröffentlichungen</u>	S. 6
<u>5. Veranstaltungen</u>	S. 7
<u>6. Stellenausschreibungen</u>	S. 7
<u>7. Impressum</u>	S. 8

1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg

Flüchtlingsrat weiterhin gegen Ankunftszentrum-Standort „Wolfsgärten“

Heidelberger Gemeinderat vertagt Entscheidung über Verlegung

Der Heidelberger Gemeinderat sollte am 26. März über den neuen Standort des Ankunftszentrum abstimmen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Entscheidung jedoch kurzfristig vertagt. Anders als vor einem Jahr zeichnet sich nun eine Mehrheit für den Standort „Wolfsgärten“ ab, da die Grünen in dieser Frage ihre Haltung geändert haben. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ist – ebenso wie der Asylarbeitskreis Heidelberg, einige Gemeinderatsmitglieder und weitere lokale Akteure – weiterhin der Meinung, dass die „Wolfsgärten“ kein geeigneter Ort für die Unterbringung von Geflüchteten ist und hält die von den Heidelberg Grünen genannten Gründen für ihren Sinneswandel für nicht überzeugend.

[Weiterlesen ...](#)

Aufruf: „Bleiberecht statt Abschiebung“

Nachbesserungen bei Bleiberechtsregelungen gefordert

Auf Initiative von Engagierten aus Tübingen ist ein landesweiter Aufruf gestartet worden mit dem Ziel, Nachbesserungen bei den Bleiberechtsregelungen für berufstätige Geduldete zu erreichen. Die Unterzeichnenden wollen, dass die Landesregierung die Forderungen bei der angekündigten Bundesratsinitiative berücksichtigt. 29 Einrichtungen und Gruppen haben den Aufruf als Erstunterzeichnende unterstützt. Sie hoffen auf zahlreiche weitere Unterstützende aus ganz Baden-Württemberg.

[Weiterlesen ...](#)

Weiterhin keine Sicherheit für Betroffene und Arbeitgeber*innen

Flüchtlingsrat enttäuscht von „Einigung“ der Landesregierung zum Thema „Bleiberecht“

Die aktuelle Einigung der Grün-Schwarzen Koalition in Baden-Württemberg beinhaltet nach Auffassung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg kaum greifbare Neuerungen und wird den Betroffenen – gut integrierten Geduldeten, die die hohen Voraussetzungen für die Beschäftigungsduldung noch nicht erfüllen – und ihren Arbeitgeber*innen nicht die Sicherheit geben, die sie sich erhofft haben.

[Weiterlesen ... Weiterhin keine Sicherheit für Betroffene und Arbeitgeber*innen](#)

2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer

Informationen zum Thema Corona

- [Flüchtlingspolitische Forderungen von PRO ASYL, 19.03.2020: Covid-19 und Flüchtlingspolitik — was Deutschland jetzt machen muss](#)

- [Geflüchtete vor Corona schützen! Flüchtlingsrat fordert weitgehende Maßnahmen zum Schutz von Geflüchteten und Personal in Unterkünften und Behörden zur Eindämmung der Pandemie](#)
- [Offener Brief verschiedener Organisationen zu nötigen Schutzmaßnahmen für Geflüchtete vor dem Coronavirus: Coronavirus zwingt zum Handeln zum Schutz von Geflüchteten](#)
- [Appell von We'll Come United, Landesflüchtlingsräten, Medibüros/Medinetzen und vielen weiteren Initiativen: Gesundheitsversorgung sicherstellen! Lager auflösen! Menschen und ihre Rechte schützen!](#)
- [Ärzte der Welt und über 40 weitere Organisationen und Institutionen aus dem Gesundheitsbereich fordern in offenem Brief konkrete Maßnahmen von der Bundesregierung, um Ausbreitung der Corona-Epidemie zu verlangsamen](#)
- [Informationen zu den Auswirkungen von Covid 19 auf das Asylverfahren](#)
- [Resettlement Programm und humanitäre Aufnahmeprogramme vorerst ausgesetzt](#)
- [Spendenaufruf für die Roma-Community in Südserbien Große Notlage nach Ausgangssperre wegen Coronavirus](#)
- [Spendenaufruf von Adopt a Revolution: Covid 19 und Syrien – Spenden für die Selbsthilfe](#)

Informationen zur Situation in Griechenland und der Türkei

- [Pro Asyl zu der Situation der Geflüchteten auf den griechischen Inseln und der Gefahr von Covid 19: Pro Asyl, 20.03.2020: Vier Jahre EU-Türkei-Deal – und wird es noch schlimmer?](#)
- [Mehr als 120 Einzelpersonen und Initiativen fordern Landesregierung zum Handeln auf – Petition fordert Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern in Griechenland](#)
- [Rechtsfreie Räume? Artikel zur Situation von Flüchtenden an der griech.-türk. Grenze und auf den griechischen Inseln](#)

- [#LeaveNoOneBehind Kampagne fordert Evakuierung von Geflüchteten von den griechischen Inseln](#)
- [Aufnehmen statt Sterben lassen! Die Faschisierung Europas stoppen! Gemeinsamer Appell zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft](#)
- [Kontext Wochenzeitung, 04.03.2020: Die Maske der Zivilisation - Artikel vom 04.03.2020 von Seán McGinley zu der Situation an der türkisch-griechischen Grenze](#)

Nicht einmal der Minimalkonsens wird erfüllt

Bilanz von Pro Asyl zu 18 Monaten Gnadenkontingent beim Familiennachzug

Die Visaerteilungen für Familienangehörige von subsidiär Schutzberechtigten schleppen sich über Jahre hin. Nach 18 Monaten Gnadenkontingent ist klar: Die Bundesregierung kommt nicht einmal dem veranschlagten Minimalkonsens nach. Tausende geflüchtete Familien leben seit Jahren getrennt und warten weiter auf ein Visum. Eineinhalb Jahre nach der de facto Abschaffung des Rechtsanspruchs und der Einführung eines Gnadenrechts bei der Familienzusammenführung zu subsidiär Schutzberechtigten (sog. »[Familiennachzugsneuregelungsgesetz](#)«) wird deutlich: Die Bundesregierung hält nicht einmal den politisch getroffenen Minimalkonsens ein. Die Große Koalition hatte sich nach einem langen Streit in einem Kompromiss auf [ein monatliches Gnadenkontingent](#) nach Ermessen von 1.000 Visa für Angehörige dieser Personengruppe geeinigt.

- [Pro Asyl \(28.2.20\): "Nicht einmal der Minimalkonsens wird erfüllt"](#)

Härteleistungen für Betroffene extremistischer Übergriffe

*Solidarische Entschädigung für Geflüchtete und Migrant*innen, die rechte Gewalt erfahren haben*

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass Betroffene extremistischer Übergriffe, wie Körperverletzungen, massive Bedrohungen und massive Beleidigungen, einmalige Härteleistungen erhalten können. Dies können nicht nur die Betroffenen beantragen, sondern auch Hinterbliebene und Personen, die bei der Abwehr eines extremistischen Übergriffs einen gesundheitlichen Schaden erlitten haben. Wir raten allen Betroffenen sich von geeigneten Beratungsstellen bei der Antragsstellung unterstützen zu lassen.

- [Leuchttlinie, Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg](#)
- Bundesamt für Justiz: [Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe](#)

Die Bundesregierung macht Reformvorschläge für das Europäische Asylsystem

Kritik aus der Zivilgesellschaft

Schon seit einigen Jahren versucht die EU die Grundlage für das europäische Asylrecht, dazu gehört z.B. auch die Dublin-Verordnung, zu reformieren. Doch die Mitgliedsstaaten konnten sich aufgrund ihrer divergierenden Interessen bisher nicht einigen. Im Februar hat die Bundesregierung neue Vorschläge

erarbeitet, zu denen nun 22 Organisationen Stellung beziehen. Kritisiert wird vor allem, dass Asylanträge an europäischen Außengrenzen vorgeprüft werden sollen, was zu Qualitätsmängeln, eingeschränktem Rechtsschutz und Lagerbildungen unter katastrophalen Bedingungen, vergleichbar mit den Lagern auf den griechischen Inseln, führen würde. Der Zugang zum Asylrecht muss an Europas Grenzen gewährleistet sein.

- [Gemeinsamen Erklärung, 12.03.2020: Appell im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Keine europäische Asylrechtsreform auf Kosten der Menschen\(rechte\) und der Grenzstaaten!](#)

3. Rechtsprechung

OVG SH: Keine Unzulässigkeit des Asylantrags eines in Deutschland geborenen Kindes von in anderem EU-Staat Anerkannten

Ein interessantes Urteil aus Schleswig-Holstein zu der Fallkonstellation, in der ein Paar mit Anerkennung in einem anderen EU Mitgliedsstaat ein Kind in Deutschland zur Welt bringt und einen Asylantrag für dieses stellt. Das Gericht verweist darauf, dass der Asylantrag des Babys nicht als unzulässig abgelehnt werden darf unter der Dublin-III-Verordnung. Kurz gesagt, Deutschland ist für die Prüfung des Asylantrags zuständig und nicht der EU Staat, der den Eltern internationalen Schutz anerkannte. Für gleiche Fallkonstellationen ist das ein wichtiges Urteil.

- [OVG Schleswig-Holstein, Urteil vom 07.11.2019 - 1 LB 5/19](#)

Jahrelange Praxis für rechtswidrig erklärt

Gericht: Ausreisegewahrsam darf nicht in Pforzheimer Abschiebungshaft vollstreckt werden

Das Landgericht Mosbach hat am 5. März (Az: 3 T 43/19) entschieden, dass Ausreisegewahrsam nicht in der Abschiebungshafteinrichtung Pforzheim vollzogen werden kann. Der Flüchtlingsrat begrüßt diese Entscheidung, ist allerdings besorgt darüber, dass diverse andere Rechtsverstöße unbemerkt durchgehen - so wie es bei der rechtswidrigen Vollziehung von Ausreisegewahrsam jahrelang der Fall war.

[Weiterlesen ...](#)

BVerwG: Wichtige Entscheidung zu Vorduldungszeiten für Bleiberechtsoptionen

Auch Verfahrensduldungen sind gültig

Das BVerwG hat am 18.12.2019 eine Entscheidung des OVG Niedersachsen korrigiert. Es ging um die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG. Als eine der Voraussetzungen für die Erteilung nennt der Gesetzestext das Vorliegen bzw. der Anspruch auf eine Duldung. Dabei sei es unerheblich, um welche Art der Duldung es sich handle: "Für eine teleologische Reduktion der Vorschrift dahingehend, dass eine Verfahrensduldung grundsätzlich nicht ausreicht, um die Eigenschaft als "geduldeter Ausländer" im Sinne von § 25b Abs. 1 Satz 1 AufenthG zu begründen, fehlt es bereits an einer klaren, ungewollten Überschreitung der inhaltlichen Regelungsabsicht durch den Normtext und besteht weder ein zwingender Grund noch ein unabweisbares Bedürfnis." Somit sind Verfahrensduldungen, welche für die Dauer eines (Gerichts)Verfahrens erteilt werden, auf den Vorduldungszeitraum anzurechnen. Diese Entscheidung wird vermutlich auch im Hinblick auf Vorduldungszeiten für andere Bleiberechtsoptionen wichtig sein, z.B. die

Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung.

- [BVerwG 1 C 34.18, 18.12.2019](#)

4. Materialien und Veröffentlichungen

Informationsmaterialien zum Corona-Virus

- [Informationsblätter zum Corona Virus des Projektes „Welcome2BW“ auf mehreren Sprachen](#)
- Tagesaktuelle Informationen in verschiedenen Sprachen beim [Handbook Germany](#) und [Newsticker zum Thema Corona](#) von Pro Asyl
- [Corona-Krise: Wie arbeiten die Verwaltungsgerichte? Wichtige Informationen für Geflüchtete auf Deutsch, Arabisch und Englisch](#)
- [Covid-19 und Arbeit: Mehrsprachige Informationen des BMAs zu Arbeits- und arbeitsschutzrechtlichen Fragen zum Coronavirus](#)
- [Arbeit und Corona - Flyer IQ Netzwerk Thüringen](#)
- [Informationen des Bundesfachverbands Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zum Coronavirus für junge Geflüchtete und Fachkräfte der Jugendhilfe](#)

„Places of Safety in the Mediterranean in the Context of the European Policy of Outsourcing Responsibility“

Eine Studie der Heinrich-Böll Stiftung

In dieser Studie beleuchten Prof. Dr. Anuscheh Farahat and Prof. Dr. Nora Markard Fragen rund um die Seenotrettung von Flüchtenden auf dem Mittelmeer. Dürfen diese nach internationalem und europäischen Recht in nordafrikanische Staaten gebracht werden? Kann von Ägypten, Algerien, Marokko, Libyen und Tunesien als sichere Orte für gerettete Flüchtende gesprochen werden? Falls nein, dürfen Schiffe, die Flüchtende gerettet haben, angeordnet werden diese in die nordafrikanischen Staaten zu bringen? Diesen und vielen weiteren spannenden Fragen gehen die Autorinnen im Hinblick auf die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen nach.

- Prof. Dr. Anuscheh Farahat and Prof. Dr. Nora Markard, Februar 2020: [Places of Safety in the Mediterranean: The EU's Policy of Outsourcing Responsibility](#)

Arbeitshilfe: Zusammenarbeit Soziale Arbeit und Anwaltschaft

Gelingende Schnittstellen zwischen sozialarbeiterischer und anwaltlicher Tätigkeit

Der DRK-Bundesverband und der DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V. haben eine spannende Arbeitshilfe zum Thema gelingende Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeiter*innen und Anwält*innen in der Begleitung von ratsuchenden Geflüchteten herausgegeben. Aus verschiedenen Blickwinkeln gehen die Autorin und der Autor praxisnah der Frage nach dem bestmöglichen Zusammenwirken nach.

- Eileen Hagebölling, Jens Dieckmann, 2020: „Besser zusammen - Schnittstellen zwischen sozialarbeiterischer und anwaltlicher Tätigkeit - Empfehlungen für eine gelingende Kooperation in der Beratung von Geflüchteten“

5. Veranstaltungen

„Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf: Behinderungen/Gesundheitseinschränkungen“

Fortbildung für Hauptamtliche: Basis-Webinar plus Workshop in Freiburg

Sie arbeiten mit geflüchteten Menschen, die traumatisiert, psychisch erkrankt, geistig oder körperlich eine Behinderung haben? Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 10 bis 15 Prozent der Geflüchteten von einer Behinderung betroffen sind. Auf die besonderen Bedarfe dieser Menschen sind viele Unterstützer*innen jedoch nicht vorbereitet. Hierfür braucht es spezifisches Wissen, eine Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung sowie konkrete Handlungsmöglichkeiten. Das Fortbildungsmodul im Rahmen des Projekts „Welcome 2 Baden-Württemberg“ ist kostenlos und besteht aus drei Teilen: Einem Webinar, bei dem Basiswissen vermittelt wird, einem Workshop, bei dem das Thema vertieft wird und wir uns mit konkreten Handlungsmöglichkeiten beschäftigen sowie einer Nachbereitung.

- Weitere Informationen und Termine

Webinare des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Aus aktuellem Anlass bietet der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg in nächster Zeit verstärkt Webinare an. Eine Übersicht der Themen, Termine und Anmeldemöglichkeiten finden Sie hier:

- Aktuelle Webinare des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

6. Stellenausschreibungen

Region Bodensee: Dolmetscher*innen und Gesundheitspat*innen gesucht

Projekt "Furchtlos" des Kompetenzzentrums Psychotraumatologie der Uni Konstanz

Das Kompetenzzentrum Psychotraumatologie der Uni Konstanz möchte unbegleitete, minderjährig eingereiste Geflüchtete

mit psychischen Belastungen identifizieren und eine psychotherapeutische Behandlung ermöglichen. Dafür werden Dolmetscher*innen und Gesundheitspat*innen auf Honorarbasis oder in geringfügiger Beschäftigung gesucht.

- [Stellenausschreibung](#)
- [Kontakt Dr. Veronika Müller-Bamouh](#)

7. Impressum

Projekt „Welcome2BW“

Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „Welcome2BW“ herausgegeben. Das Kooperationsprojekt „Welcome2BW“ will dazu beitragen, Asylsuchenden das Ankommen in Baden-Württemberg zu erleichtern und die Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen konkret zu verbessern. Dazu haben sich der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Diakonischen Werke Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Freiburg und Ortenau sowie die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg zu einem landesweiten Projektverbund zusammengeschlossen.

Unsere Angebote richten sich an Asylsuchende, an Flüchtlinge mit Bleiberecht sowie ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Dieser Newsletter richtet sich schwerpunktmäßig an Hauptamtliche der Flüchtlingsarbeit.

Projektlaufzeit: Juli 2018 - Juni 2020

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und von der UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert.

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Redaktionell verantwortlich: Seán McGinley, Stella Hofmann

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de